Geschichte des politischen Denkens I
VT 1, HS07

Einführung.....3
Das politische Denken..... 3
Das Politische..... 3
Ursprung des politischen Denkens..... 3
Solon (ca. 640 - 560 v. Chr.)..... 3
Kleisthenes (um 500 v. Chr.)..... 4
Perikles (ca. 400 v. Chr.)..... 4
Sophistik.....5
Einleitung..... 5
Wichtigste Vertreter:..... 5
Der Mensch als Mass aller Dinge..... 6
Atheismus..... 6
Theorien der Kulturentstehung..... 6
Nomos und Physis..... 6
Staatstheorien..... 7
Platon (428/427-347 v. Chr.)..... 8
Leben und Werk:..... 8
Sokrates (469-399 v. Chr.):..... 8
siebter Brief:..... 8
Die sokratischen Dialoge (Protagoras, Gorgias): was ist politische Kompetenz? 9
Politeia (zw. 387 un 367 v. Chr.)..... 10
Buch I: Thrasymachos – was ist Gerechtigkeit?..... 10
Bücher II bis V: Die Gründung des Staates.....10
Bücher VI und VII: Der Philosophenherrscher..... 11
Bücher VIII bis X: Der Verfall der Verfassungen.....11
Politikos..... 12
Nomoi..... 12
John Locke (1632 – 1704)..... 14
Leben und Werk..... 14
Ein Brief über Toleranz (1685/86)..... 14
Zwei Abhandlungen über die Regierung (1690)..... 14
Politische Gewalt.....14
Naturzustand.....14
Freiheit.....15
Eigentum.....15
Die politische Gesellschaft..... 15
Die Legislative.....16
Gewaltenteilung.....16
Präorgative und Widerstandsrecht..... 16
Jean-Jaques Rousseau (1712 – 1778).....18
Leben und Werk..... 18
Discours sur les siences et les arts (1750)..... 18
Discours sur l'origine et les fondements de l'inegalité parmi les hommes (1755)..... 18
Naturzustand.....18
Das goldene Zeitalter.....18
Zivilisation.....18
Eigentum.....19
Du contract social (1762)..... 19

1. Buch: Vertrag und Souveränität.....19
2. Buch: Vom Gemeinwillen und den Voraussetzungen der Republik.....20
3. Buch: Regierungsformen und Zivilreligion.....21

Einführung

Das politische Denken

Im Zentrum stehen die Grundlagen menschlichen Zusammenlebens, die Reflexion über Herrschaft und Gerechtigkeit. Die Politische Philosophie untersucht die Vielfalt der möglichen Formen dieses Zusammenlebens und fragt normativ nach der besten Variante. Im Mittelpunkt steht der Staat.

Das Politische

Das Wort „Politik“ kommt von Polis (Stadt) – in erster Linie im Sinne einer Gemeinschaft der Bürger. Da seine Erfindung Platon zugeschrieben wird, spricht man auch von der Entstehung des Politischen bei den Griechen. Politik ist etwas worüber gesprochen wird, wobei ein grosser Teil der Bevölkerung mitredet und sich an den Handlungen beteiligt. Regierte statt Beherrschte. Das Politische kann auch als die öffentliche Sache verstanden werden.

Ursprung des politischen Denkens

Die Grundfrage der Gerechtigkeit haben sich wohl schon die Summerischen Staaten (ca. 2500 v. Chr.) gestellt.
Die Epen von Homer (Odyssee und Ilias, ca. 750 – 700 v. Chr.) gelten als erste schriftliche Zeugnisse, welche als Quellen für das Verständnis des archaischen Griechenlands verstanden werden können. Die Legitimationsmuster sind Traditional, d.h. sie orientieren sich an mythischen Weltbildern. Der demos („Volk“) existierte zwar bereits ca. 700 v.Chr. als politische Entscheidungsinstanz, doch waren die vorherrschenden Zustände noch weit von einer allgemeinen Demokratie entfernt. In den folgenden Jahren führte das Wohlstandgefälle zu verstärkten sozialen Spannungen (Grossgrundbesitzer vs. Kleinbauern, verschuldet, versklavt) und es entstand eine Opposition gegenüber den bisherigen adligen Wertvorstellungen und Lebensformen in den griechischen Stadtstaaten. Die Entstehung des politischen Denkens kann somit als Reaktion auf eine bestehende unbefriedigende Situation verstanden werden. Und auch im Laufe der Geschichte wurden die politischen Philosophen immer wieder in Krisenzeiten besonders aktiv.
(vgl. Frenke et al 2004: 22-25, Braun et al 2002: 15-19)

Solon (ca. 640 - 560 v. Chr.)

„Der erste Staatsmann auf dem Boden Europas“ (H. Bengtson) versuchte mit seinem athenischen Weg zu einem Ausgleich der harten inneren Gegensätze zu gelangen. Er verstand Politik und Gerechtigkeit als Mittel zum Zweck – Politik als Verhinderung von Bürgerkrieg und Gerechtigkeit als Garantie für Stabilität. Sein Ziel war es, die Disparität soweit zu reduzieren, dass die Situation nicht eskalierte. Die politischen Betiligungsrechte bemassen sich nicht mehr nach der Herkunft, sondern nach der Grösse des Einkommens, d.h. des Ernteertrags oder des Geldeinkommens. In der Eunomie erklärt er, welche Schritte zu einem guten Staat führen. Ebefalls konstatiert er, dass die innere Zerrissenheit (Stasis) nicht auf die Götter zurückzuführen sei, sondern als menschliche Ursache – Habsucht der führenden Männer – zu verstanden werden müsse. Im Vergleich zu Hesiod (ca. 700 – 650 v. Chr.) versuchte Solon die Politik rational zu erklären. Doch musste er erfahren, dass seine wohlmeinenden Reformabsichten an der menschlichen Natur scheitern können. So habe er der Volksversammlung vorgeworfen, sie seien Hohlköpfe, die den Redner nicht nach seinen Taten beurteilen, sondern dem Schmeichler auf den Leim gingen. Er schloss auch nicht aus, dass das Volk in seiner Dummheit einem Tyrannen anheim fallen könne (was mit Peisistratos 560 auch eintraf). Und schliesslich berief er sich mit Hesiod wieder auf die religiöse Grundlage er Moral, welche ihm die letzte Rettung für sein Werk schien, von er befürchtete, dass es im Streit zwischen den Parteien zerrieben werden könnte.
(vgl. Frenke et al 2004: 29-31)

Kleisthenes (um 500 v. Chr.)

Mit seiner Reform um 510 v. Chr. vollzog er die Entmachtung der aus Adels- und Standesinteressen hervorgegangenen Gruppierungen. Er darf als der eigentliche Schöpfer der Demokratie gelten, die auf gleichen Rechten für alle Staatsbürger beruht. Im Rat der Fünfhundert sassen jeweils 50 Abgeordnete aus den neu geschaffenen zehn Phylen (Einteilung der Bevölkerung). Jede der Phylen hatte für einen Zehntel des Amtsjahres den Vorsitz. Ebenfalls war es vermutlich auch Kleisthenes, welcher eine Instanz einsetze, welche Bürger verbannen konnte, wenn sie durch zu grosse Machtfülle die Demokratie bedrohen konnten.

Perikles (ca. 400 v. Chr.)

In der Folge des Peloponnesischen Kriegs hatten in den Krieg führenden Staaten Demokratisierungen statt gefunden, da der Unterschicht Rechte zugestanden werden mussten, weil man auf sie im Krieg angewiesen war. So führte Perikles in Athen 462 v. Chr. bedeutende Reformen durch. In einer von Thukydides aufgezeichneten Rede für die Gefallenen des Krieges gebärdet sich Perikles als Verfechter der Demokratie. Er argumentiert aus allgemeinen und abstrakten Prinzipien: er nennt die beste Verfassung Demokratie, weil die Mehrheit der Bürger am politischen Geschehen beteiligt ist. Als weitere entscheidende Kriterien dieser besten Verfassung bezeichnet er die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und die Tatsache, dass sich das öffentlich Ansehen nicht am Vermögen misst, sondern am Verdienst für das öffentliche Leben. Die Argumentation ist nun konsequent weltlich, die Polis in ihrer Verfassung ist ein Werk der Bürger. Es erwacht das Bewusst sein, Institutionen seien von Menschen hervorgebracht und nicht das Werk der Götter.
Die demokratischen Elemente der Polis folgendermassen beschrieben werden: die Bürger sind „gleich“, die Bürger haben politische Erfahrung, es existieren geschriebene Gesetze und das Volk ist souverän. (Wobei keine Wahlen stattgefunden haben, sondern das Los entschied – bevor der Kandidat doch noch einer Prüfung bezüglich Herkunft, Moral, Religion und Militärdienst unterzogen wurde)
Als undemokratisch mutet jedoch an, dass nur ungefähr 10 bis 20% der Bevölkerung als Bürger galten. Dies waren freie Männer, welche Steuern bezahlten und Militärdienst leisten konnten.
(vgl. Braun et al 2002: 19-21)

Sophistik

Einleitung

5. Jh.v.Chr.: Die Sophistik war eine **Aufklärungsbewegung** in Athen. Weg von der Naturphilosophie *hin zu zum Menschen und seinem Denken* (von der Ontologie „Lehre vom Sein" zur **Epistemologie** „Lehre vom Wissen"), sog. **Anthropozentrismus**. Die Sophisten bildeten keine Schule oder vertraten eine Schulmeinung. Sie gehörten zu einer Denkbewegung, welche eine Reihe von *Gemeinsamkeiten* aufwiesen. Dies waren die Auseinandersetzung mit dem **Dualismus** (Nomos und Physis), dem **politischen und gesellschaftlichen Alltag** sowie eine **Infragestellung der Traditionen**.

Im Zuge der *Kolonisation* kamen die Griechen in Kontakt mit vielen verschiedenen Stämmen und ihren Kulturen, Traditionen und Sitten, was dazu führte, dass man sich die Frage nach einer richtigen Moral und Politik vor neuem Hintergrund stellte. Zur geistigen Krise trug auch die *Demokratisierung* bei: sie belegte, dass *Gesetze von Menschen gemacht sind und auch von diesen verändert* werden können. Daraus resultierte der Dualismus bestehend aus natürlichen (*Physis: Natur*) und von Menschenhand gemachten Gesetzen (*Nomos: Gesetz, Konvention*). Dies führte weiter zur Erkenntnis, dass sich bezüglich Nomos nicht von selbst versteht, was wahr, richtig und gut ist. So wird alles in Frage gestellt, *es gibt keine Wahrheit an sich*. Diese ergibt sich vielmehr aus der Diskussion und wird ausgehandelt *Die bessere Argumentation macht somit die Wahrheit aus*, und mehr noch: die Argumentationsfähigkeit kann verbessert werden, ist also erlernbar. Die Erkenntnisse in Bezug auf den politischen Alltag und die Argumentationsfähigkeit waren in einem zunehmend demokratischen Athen von besonderer Bedeutung. Die *Rhetorik* als eines der Kerngebiete der Sophisten war eine wichtige Voraussetzung, um in der Polis überzeugen zu können – und somit eine unerlässliche politische Waffe. Daher verkauften die Sophisten ihr Wissen als eine Art *Wanderlehrer*. Dies brachte ihnen die Kritik anderer Philosophen ein und führte letztlich dazu, dass der Begriff Sophist lange im Sinne eines Wortverdrehers negativ besetzt war.
(vgl.: Skirbekk/Gilje 1987: 39-59)

Wichtigste Vertreter:

Protagoras (ca. 485-410): Homo-mensura-Satz, Erklärung der Kultur aus der ursprünglichen Mangelhaftigkeit des Menschen, Berater von Perikles, Gesittung und Recht sind die beiden Tugenden, zu denen jeder Bürger einer demokratischen Polis im Interesse der inneren Harmonie erzogen werden müsse

Gorgias (ca. 483-367): Rhetorik als Herrscherin über Politik, Wahrheit zugunsten der Wahrscheinlichkeit zurückstellen („berechtigte Täuschung"), Naturrecht des Stärkeren, „Nichts existiert" (Ironik?)

Antiphon (um 400): Wesensunterschied zwischen positivem Recht und Naturrecht (positives Recht kann man ungestraft verletzen wenn man unbeobachtet ist, das Naturgesetz hingegen nicht), es gibt keine Standesunterschiede, sondern eine natürliche Gleichheit der Menschen (kein Unterschied zwischen Griechen und Barbaren), positive Gesetze stehen meist im Widerspruch zum natürlichen Gesetz

Prodikos: Entstehung der Religion (Götter als Nahrungsmittel und nützliche Dinge, später: Götter als Erfinder und Verbreiter nützlicher Techniken)

Thrasymachos (ca. 470): Gerechtigkeit als Vorteil des Stärkeren, von dem zugleich der Schwächere profitiert, Regierung erlässt Gesetze zu ihrem eigenen Nutzen, wie auch zum Nutzen der Regierten

Hippias: Menschen sind von Natur aus gleich, Unterschiede als Ergebnis des Nomos, Verfassung als Gesellschaftsvertrag, kann jederzeit geändert werden, demgegenüber stellt der die „ungeschriebenen Gesetze", die bei allen Menschen gleich sind, und somit göttlichen Ursprungs
Lykrophron: Geburtsadel ist belanglos, es gibt keine Unterschied zwischen adlig und nicht-adlig Geborenen, Staat als wechselseitige Rechtsgarantie

Alkidamas: Menschen sind gleich, die Natur hat niemand zum Sklaven gemacht

Kritias (um 400): Politiker, radikaler Aristokrat, Sisyphos (Entstehung der Religion: Götterfurcht als Mittel zur Disziplinierung)

Kalikles (fiktive Person in Platons Dialog „Gorgias"); Gesetze wurden von den Schwachen geschaffen, die Starken zu disziplinieren.

Der Mensch als Mass aller Dinge

Homo-mensura-Satz (Protagoras): erkenntnistheoretisch (Perspektivismus, Relativismus, Pluralismus), ontologisch oder politisch? Der Mensch als Gattung (1 Massstab) oder der Mensch als Individuum (unendlich viele Massstäbe)?
Der *Mensch mit seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten wird zum Massstab, der über Wert und Unwert der Dinge entscheidet*. Dies könnte heissen, dass eine politische Ordnung der Menschen am Menschen gemessen werden muss. Regeln und Gebräuche sind nicht von Natur oder Gott, sondern von Menschen gemacht. Der Mensch setzt somit selbst den Massstab für menschliches Verhalten. Über Gültigkeit von Normen entscheidet allein der Mensch.

Atheismus

Ein *Wissen über die Götter ist nicht möglich.* (Protagoras)
Die *Götter sind eine menschliche Erfindung,* Religion als Instrument zur moralischen Disziplinierung der Menschen. (Kritias)
Die *Menschen haben Dinge zu Göttern gemacht* (Nahrungsmittel, nützliche Dinge, vier Elemente, Himmelskörper, etc).

Theorien der Kulturentstehung

Anthropozentrisches Weltbild (Entstehung der Kultur über den Menschen erklären, nicht über die Götter), menschliche Geschichte ist keine Verfallsgeschichte, sondern zeugt von der Möglichkeit des technischen Fortschritts und der moralisch-rechtlichen Zivilisierung

Nomos und Physis

Physis: Natur; Nomos: Gesetz, Ordnung
Von Natur aus kennen die Menschen kein Gesetz und besitzen keine politische Kompetenz. Sie können diese Kompetenz jedoch erwerben – und zwar alle (somit löst sich die Physis von der Standesbindung, s. Protagoras). Nomos als notwendige Korrektur der Physis.

Skeptische Haltung: Gerechtigkeit als Illusion
Götter haben die menschlichen Angelegenheiten nicht im Auge, sonst hätten sie die Gerechtigkeit (das grösste aller menschlichen Güter) nicht ausser Acht gelassen. Gerechtigkeit diene der Herrschaftsstabilisierung und dem Nutzen der Herrschenden. Gerechtigkeit als Legitimation. (Thrasymachos)

Aristokratische Perspektive: Kritik des Nomos im Namen der Physis
In der Natur herrscht das Recht des Stärkeren. Das Gesetz ist eine widernatürliche Erfindung, das den Stärkeren daran hindern soll, ihre Macht auszuüben. (Kallikles, Kritias) Im peloponnesischen Krieg stieg Milos aus dem Bündnis aus, d.h. der Stärkere braucht kein Gesetz, er hat immer Recht. (Thukydides) Der Nomos ist Überbau, Illusion, Ausdruck des Willens zur Macht, der Interessen der Mächti-

gen, aber auch der Ohnmächtigen. Er kann die notwendig ungerechte Physis nicht korrigieren.

Egalitäre (demokratische) Perspektive: Kritik der Physis im Names des Nomos
Die Natur ist der Tyrannei der Gesetze vorzuziehen, Gesetze haben immer etwas Willkürliches. Von Natur aus sind alle Menschen gleich. (Hippias) Kein adlig – nicht adlig (Lykrophon), kein Herr – Sklave (Alkidamas), kein Unterschied Grieche – Barbaren (Antiphon) Der Nomos der Polis ist Ausdruck spezifischer Erfahrungen eines Volkes, nicht der universellen menschlichen Natur (Physis). Diese muss die Ungerechtigkeit des Nomos korrigieren.

Generelle Kritik des Nomos im Namen der Physis
Die Gesetze der Natur sind notwendig, die Gesetze des Staates hingegen willkürlich gesetzt und nicht im Einklang mit der Natur. Wer Gesetze der Natur übertritt, trägt auf jeden Fall Schaden, während dies bei den Gesetzen des Staates nicht der Fall ist, sofern dies im heimlichen geschieht. Der Gegensatz von Physis und Nomos entspricht dem Gegensatz von Wahrheit und Meinung. (Antiphon)

Staatstheorien

Rationalistische Theorie der Entstehung des Staates – der Staat als Ausdruck menschlicher Bedürfnisse und Interessen. Der Staat lässt sich auf einen Sozialvertrag zurückführen. (Hippias) Das Gesetz ist kein Mittel der moralischen Erziehung, sondern eine wechselseitige Rechtsgarantie. (Lykrophon)

Platon (428/427-347 v. Chr.)

Leben und Werk:

Lebte und wirkte in Athen zu einer Zeit, da die griechischen Stadtstaaten bereits im *politischen und wirtschaftlichen Niedergang* begriffen waren. Das Ende der freien Stadtstaaten kündigte sich an (Philipp und Alexander d. Grosse von Makedonien). Die Polis-Ordnung gerät unter ständigen *Legitimationsdruck* und die *Sophisten* versuchten als Aufklärer Griechenlands neue Antworten und Muster für die Suche nach Lösungen zu suchen. Drei Reisen führten ihn nach *Sizilien*, wo er vergeblich versuchte den Herrscher Dionysos für die Durchsetzung seiner Ideen zu gewinnen. 387 gründete er die *Akademie*, seine philosophische Schule in Athen. Im Zentrum seiner Philosophie stand die *Ideenlehre*: es gibt eine unsichtbare, vollkommene Ordnung der Welt, die unveränderlich ist gegenüber den wandelbaren Argumenten und Meinungen der unvollkommenen Sinnenwelt (deren Grundlage sie bildet). (vgl. Braun et al. 2002: 25-28)
Werke:
Protagoras, Gorgias, Politeia I: Auseinandersetzung mit dem pädagogisch-politischen Anspruch der Sophisten und ihrer Kritik der Gerechtigkeit
Politeia II – X: Theorie der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit als Tugend, besser erkennbar im Staat als im einzelnen Menschen (Ordnung des Staates ist ein Abbild der Ordnung der menschlichen Seele); Politikos: Bestimmung der Kompetenz der Regierenden
Nomoi: Herrschaft der Gesetze als Abbild der göttlichen Herrschaft, detaillierte Angaben zur Organisation von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, höchster Zweck der Gesetzgebung: Verbesserung der Menschen

Sokrates (469-399 v. Chr.):

Da von Sokrates keine schriftlichen Aufzeichnungen vorhanden sind und er vorwiegend in Platons Werken auftritt, ist es schwierig ihn von Platon abzugrenzen.

Sokrates war es nicht genug, jenseits von Wahrheit oder Falschheit, andere zu überzeugen, sondern er forderte zugleich persönliche Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit. *(„Ich weiss, dass ich nichts weiss“*) Er wurde wegen Gottlosigkeit und Verführung der Jugend 399 zum Tode verurteilt. Er trank im Kreis seiner Freunde und Schüler den Giftbecher und starb. Platon beschrieb in seinen Dialogen den Prozess und den Tod, unter anderem in der Apologie des Sokrates (Verteidigungsrede):

„Ich bin euch, ihr Athener, zwar zugetan und Freund, gehorchen werde ich aber dem Gotte (Wahrheit) mehr als euch, und solange ich atme (...) werde ich nicht aufhören nach Weisheit zu suchen (...) und euch zu ermahnen (...). Und ich meines Teils glaube, dass noch nie grösseres Gut dem Staate widerfahren ist als dieser Dienst, den ich dem Gott leiste.“ (Aufgabe der Weisen: den „normalen“ aufzeigen, was „nicht richtig“ machen)

„(...) wie nicht aus dem Reichtum die Tugend entsteht, sondern aus der Tugend der Reichtum und alle anderen menschlichen Güter insgesamt (...)“

siebter Brief:

Der siebte Brief enthält autobiographische Elemente sowie bereits seine Kernthese in Bezug auf die politische Philosophie. Enttäuscht von den Erfahrungen mit der aristokratischen (Sizilien) wie auch mit der demokratischen Ordnung (Hinrichtung Sokrates in Athen) gibt er seine Pläne von einer politischen Aktivität auf und kommt zum Schluss, dass Heilung für den Staat nur von der Philosophie kommen könne:

„Ich habe nie aufgehört, darüber nachzudenken (...), für das Handeln habe ich jedoch immer auf Ge-

legenheit gewartet"

„Die Übel des Menschengeschlechts werden nicht eher aufhören, als bis das Geschlecht der richtigen und wahren Philosophen zur politischen Herrschaft gelangt ist, oder das Geschlecht der führenden Männer in den Staaten durch irgendeine göttliche Fügung wahrhaft philosophiert."

Die sokratischen Dialoge (Protagoras, Gorgias): was ist politische Kompetenz?

Verpflichtung gegenüber den Gesetzen: Gegenüber den Gesetzen verlangt Sokrates bedingungslosen Respekt – genauso wie gegenüber den Eltern. Denn diesen beiden Autoritäten oder Instanzen (Eltern und Gesetze) verdankt der Mensch seine Existenz. Er fragt nicht, ob etwas legitim ist, er kritisiert oder hinterfragt nicht, denn es geht grundsätzlich um eine Verpflichtung, die er Einzelne gegenüber dem politischen Gemeinwesen hat. So darf niemand Unrecht tun, selbst wenn ihm Unrecht angetan worden ist.

Für *Protagoras* ist politische Kompetenz, welche er als Sophist die Menschen lehrt: *„die Klugheit in seinen eigenen Angelegenheiten (Hauswesen: Oikos) (...) und auch in denen das Staats, wie er am geschicktesten sein wird, diese sowohl auszuführen als auch darüber zu reden."* Zeus den Menschen Sittlichkeit und Rechtsgefühl (politische Kompetenzen) gebracht habe – und zwar allen, da anderenfalls kein Staat bestehen könne: *„Politische Kompetenz ist ein allen Menschen gemeinsames Gut, doch kommt sie ihnen nicht von Natur aus zu, sondern resultiert aus Übung und Unterricht. Die athenische Demokratie ist eine pädagogische Institution, ein Ort gemeinsamer Beratung und Belehrung."*
Für *Sokrates* hingegen *ist Staatskunst nicht erlernbar*, da man nicht nur eine Tugend besitzen könne, da alle Tugenden (Weisheit, Besonnenheit, Gerechtigkeit und Tapferkeit) bloss Teile einer Grundtugend seien, welche auf der Erkenntnis des wahrhaft Guten beruht. Diese Grundtugend ist die Fähigkeit, gut zu handeln. Politische Kompetenz kann daher nur ein gesamthaft tugendhafter Menschen erlangen. Sein Prinzip: *niemand tut freiwillig Böses*, sondern nur aus Unwissen (was eigentlich hiesse, das Tugend lernbar wäre und somit ein Widerspruch darstellt).

Immer wieder übt Sokrates scharfe Kritik an der sophistischen Rhetorik. So seien die Sophisten *„wiese in einer Weisheit, die nicht dem Menschen angemessen ist",* wie es in der Apologie heisst. Gemeint ist, die Anmassung, die Grenzen menschlichen Wissens in Frage zu stellen. Für *Gorgias* hat die Rhetorik die Fähigkeit des Überredens zum Gegenstand – vor Gericht oder in der politischen Versammlung. Rhetorik bezieht sich zwar auf Gerechtes und Ungerechtes, ist aber als Technik neutral und zeigt nicht was gerecht und ungerecht ist. Sokrates hält dem entgegen, *eine Technik, welche Missbraucht werden kann, sei eine schlechte Technik*. Für ihn kann eine gute Technik hingegen nicht missbraucht werden und bewirkt in jedem Fall Gutes (Techniken zur körperlichen Verbesserung: Gymnastik vs. Kosmetik; Medizin vs. Kochkunst; Techniken zur Verbesserung der Seele: Gesetzgebung vs. Sophistik; Gerechtigkeit vs. Rhetorik). Wahre Rhetorik schmeichle der Seele nicht und *der wahre Redner soll darauf achten, die gute und schöne Ordnung – Gerechtigkeit und Besonnenheit – den Bürgern in die Seele zu legen*. Der wahre Politiker ist Therapeut.

Die Sophistik verstehe unter Macht, die Fähigkeit etwas zu bewirken, während Sokrates mit Macht das Vermögen, *Gutes zu bewirken,* bezeichnet. Dieses Gute bezieht sich zwar auf den eigenen Vorteil, wobei es sich aber nicht um materielle und kurzfristige Vorteile handelt, sondern um solche, die *für die Seele nützlich* sind. *Macht setzt Wissen über das Gute voraus*. *Kallikles* wirft ihm eine Verwechslung von Natur und Gesetz vor: von Natur stehe dem Edleren und Mächtigeren mehr zu als dem Ohnmächtigen (welche im Gegenzug jedoch das Gesetz geschaffen haben, um die Mächtigen zu disziplinieren).

Politeia (zw. 387 un 367 v. Chr.)

Im Zentrum der Politeia steht der ideale Staat, wobei sie eher als philosophisches Paradigma zu verstehen ist: die gerechte Ordnung muss zuerst im Menschen selbst verwirklicht werden. Am Grösseren (dem Staat) lässt sich jedoch besser erkennen, was auch das Kleinere (die Seele) kennzeichnen soll. Vermutlich entstand die Politeia in zwei unterschiedlichen Phasen, da das erste Buch noch in der Tradition der sokratischen Dialoge steht und in den Büchern II bis X der Dialog hinter längere ausführende Passagen zurücktritt. Dennoch ergibt sich ein harmonisches Ganzes.

Buch I: Thrasymachos – was ist Gerechtigkeit?
Im ersten Buch werden drei gängige in der Sophistik vertretene Meinungen überprüft und widerlegt: *Gerechtigkeit beruhend auf einem Gesellschaftsvertrag, auf der Freund-Feind-Unterscheidung und dem Recht des Stärkeren.* Die repräsentiert das Spektrum vom bürgerlichen Staat über die Oligarchie bis zur Tyrannis. Gemeinsame Grundlage ist die Selbstsucht der Herrschenden, welche Recht setzen nach Massgabe des eigenen Vorteils.

Thrasymachos definiert Gerechtigkeit als den Nutzen des Stärkeren. Sokrates widerlegt diese These mittels einer Analogie zu Dienstleistungen (Handwerkskünste): demnach nützen diese primär denen, die sie in Anspruch nehmen, unabhängig vom Nutzen, den sie dem Urheber bringen. Gemäss Sokrates will ein Guter mit der Übernahme der Herrschaft lediglich die Regierung der Schlechten verhindern. Hier erwähnt er das Beispiel des Hirten, welches von Thrasymachos mit der Begründung demontiert wird, der Hirt sorge für sein Vieh, in dem er es mästet und damit seinen eigenen Vorteil verfolge.

Die zweite These von Thrasymachos besagt, dass Ungerechtigkeit nützlich und somit eine Tugend sei. Sokrates erwidert, dass Ungerechtigkeit Zwietracht in einer Gemeinschaft erzeuge und damit zu deren Zerfall führe. Absolute Ungerechtigkeit mache den einzelnen oder die Gemeinschaft handlungsunfähig. Weiter sei Glück nur bei Gerechtigkeit möglich: jedes Werkzeug hat spezifische Eigenschaft und Zweckmässigkeit (Tugend) und die Seele hat seine Tugend in der Gerechtigkeit, weshalb der Mensch, der sie verwirklicht, zwangsläufig glücklich ist. Thrasymachos jedoch scheint überzeugt, dass sich die Ohnmächtigen die ungerechten Handelsmaximen aneignen müssen, um den eigenen Vorteil zu suchen. Denn Gerechtigkeit sei lediglich eine Täuschung, benutzt um die Menschen zu unterwerfen. Jede Art von Herrschaft setze ungleiche Verteilung von Macht – also von Vor- und Nachteilen – voraus.

Bücher II bis V: Die Gründung des Staates
Die Entwicklung der idealen Polis wird in einem triadisches Schema dargestellt: Ur-Gerechtigkeit, Verfall der habsüchtigen Polis, Aufstieg zur gerechten Polis. Dies zeichnet den individuellen Bewusstseinsprozess ab, der in der Suche nach Gerechtigkeit stattfinden muss. Das intuitive Gerechtigkeitsempfinden wird durch die Erfahrung egoistischer Antriebe abgelöst. Erst in ihrer Überwindung kann eine begründete Gerechtigkeitsvorstellung entwickelt werden.

Der Staat entsteht aus Mangel: weil die Menschen als Einzelne nicht autark sind, sind sie auf Kooperation angewiesen. Diese Kooperation setzt Arbeitsteilung – Spezialisierung – voraus: *„wenn jeder einzelne nur etwas verrichtet, gemäss seiner Veranlagung und zur Rechten Zeit, ohne sich mit anderen Dingen zu beschäftigen."* Das Verlangen nach Zivilisation, Luxus und Unterhaltung führt zu neuen Berufen, solange bis der steigende Aufwand die Ressourcen erschöpft und nur die Expansion auf Kosten der Nachbarn bleibt. So wird das menschliche Verlangen, immer besser zu leben, zur Ursache aller Kriege. Nun wird die Kriegskunst und damit einhergehend die Kriegskaste erforderlich: Der Stand der Wächter (phylakes). Sie sind der tragende Stand und aus ihnen geht auch der Stand der Herrscher (archontes) hervor. Der dritte Stand und unterste Stand, in dem die Bauern und Handwerker (demiurgoi) zusammengefasst sind, ist für das Ökonomische zuständig. Er zählt als Dienst- und Nährstand, der für Unterhalt der beiden anderen Stände aufkommen muss. Die Ungleichheit der Menschen ist somit die Bedingung des idealen Staates und die ideale Staatsordnung vollkommen gut, also weise, tapfer besonnen und gerecht. Entsprechendes gilt auch für die Seele: den drei Ständen werden die drei Teile der menschlichen Seele gegenüber gestellt:

- Vernunft = Wächter/Herrscher (Hirte) > *Weisheit*
- Mut = Wächter/Krieger, Helfer (Wachhund) > *Tapferkeit*

- Begierde = Arbeitender Stand (Schafe) > *Besonnenheit*

Gerecht ist der Staat, wenn jeder Einzelne und jeder Stand das Seinige verrichtet, also das tut, was er von Natur aus am besten kann. Um dies zu erreichen, bedarf es einer umfangreichen Erziehung, und zwar keine körperliche (wie angesichts der Aufgabe der Wächter hauptsächlich als Krieger wohl denken möchte), sondern eine Bildung der Seelen, deren Fundament ein Glaube an ein absolut Gute darstellt. Daher wird auch zur Verhinderung der Verherrlichung von Schandtaten die Zensur gutgeheissen. Vom Nützlichkeitsstandpunkt aus muss auch für Frauen- und Kindergemeinschaften plädiert werden, für Aufhebung des Privatbesitzes und Privatlebens und für eine geregelte Paarung der Geschlechter, die eine optimale Qualität und Quantität des Nachwuchses garantiert. Der vollendete Kommunismus wird allen Zwist unter den Wächtern verhindern und sie zu glücklichen Menschen machen. Sokrates weist jedoch darauf hin, dass die Politeia Paradigama eines idealen Staates sei. Und je weiter sich historische Staaten diesem Ideal annähern, umso besser werden sie sein. Letztlich entscheidend sei eine einzige Veränderung, welche sogleich die zentrale Aussage der Politeia darstellt:

„Wenn nicht die Philosophen Könige werden in den Städten (...) oder die man heute Könige und Machthaber nennt, echte und gründliche Philosophen werden, und wenn dies nicht in eines zusammenfällt: die Macht in der Stadt und die Philosophie, und all die vielen Naturen, die heute ausschliesslich nach dem einen oder dem anderen streben, gewaltsam davon ausgeschlossen werden, so es (...) mit dem Elend kein Ende haben, nicht für die Städte und auch nicht, meine ich, für das menschliche Geschlecht."

Platon scheint klar gewesen zu sein, dass er mit dieser Aussage seine Zeitgenossen provozieren würde. Daher liess er Sokrates diese Passage mit den Worten „wenn es uns auch wie eine berstende Welle mit Gelächter und Schmach überschwemmen wird" einleiten. Daneben werden weitere zwei Provokationen erwähnt: gleiche Pflichten (nicht Rechte!) für Mann und Frau sowie entsprechende Ausführungen über den Staat als Zuchtanstalt (s. oben) einerseits und die Aussagen betreffend Privateigentum des ersten und zweiten Standes anderseits.

Bücher VI und VII: Der Philosophenherrscher
Was de Philosophen auszeichnet, ist, dass er nach Erkenntnis sucht (und sich nicht mit blosser Meinung zufrieden gibt). Die philosophische Frage zielt auf das, was in der Erscheinung erscheint, eben das Wesen der Sache. Um das „Seine" zu tun, muss auch untersucht werden, was die richtige Anwendung dessen ermöglicht (Letztursache): dies ist das Gute. Die Erkenntnis des Guten ist daher das Ziel der Philosophen. Platon verwendet zur Kennzeichnung jener höchsten Erkenntnis drei Gleichnisse: Sonnen- (das Gute als Wesen und Wirken der Sonne), Linien- (Zuordnung von Gegenständen der Realität zu den jeweiligen geistigen Vermögen des Menschen) und Höhlengleichnis (Zusammenfügung der ersten beiden Gleichnisse).

Die echte philosophische Physis strebt (durch ein eigenes Erziehungsprogramm vor allem in Geometrie, Astronomie und Dialektik geleitet) nach dem Wissen der wahren Dingen, den hinter den Objekten existierenden Ideen. Platon verknüpft hier die Staatslehre mit seiner Ideenlehre. Der Philosoph trägt das Vorbild der Gerechtigkeit in seiner Seele und ist daher der ideale Hüter der politischen Ordnung.

Bücher VIII bis X: Der Verfall der Verfassungen
Nach der üblichen Einteilung ist der Idealstaat eine Aristokratie als „Herrschaft der Besten" (im Sinne von in der Philosophie und im Krieg am besten). Ihr am nächsten kommt die Timokratie von Sparta. Oligarchie, Demokratie und Tyrannis entfernen sich in absteigender Form vom Ideal. Alle Staatsformen stehen in einem sie verbindenden historischen Prozess – einer so genannten Verfallsreihe – durch den sich die schlechteren aus den hervorgehenden besseren entwickeln.

Timokratie (Herrschaft der Ehre): Militärherrschaft. Kriegerische Triebe nehmen überhand, militärische Elite akkumuliert private Reichtümer. Verfassung als Abbild der Seele der Ehrgeizigen, in der Mut und Eifer die Herrschaft übernommen haben und zu Hochmut und Streitsucht werden.

Oligarchie (Herrschaft der Wenigen): Herrschaft der Reichen. Profitgier wirkt moralisch korrumpie-

rend, verhängnisvoll ist wenn sich Angehörige des ökonomischen Standes um Krieg und Politik kümmern. Oligarchie entspricht einer von Habgier beherrschten Seele.

Demokratie (Herrschaft des Volkes): Revolten der Benachteiligten (aufgrund Spaltung zwischen Arm und Reich) führen zu einer Demokratie worin sich Freiheit und Vielfalt entwickeln. Die Seele des demokratischen Menschen ist unstet und wankelmütig, er ist unfähig, wertmässige Differenzierungen vorzunehmen. Er ist auch überfordert mit ökonomischen und militärischen Aufgaben.

Tyrannis (Alleinherrscher): Ein immer grösserer Drang nach Freiheit führt zu Anarchie in allen Lebensbereichen. Aus der grössten Freiheit muss die schlimmste Knechtschaft hervorgehen. Das Volk erschafft sich mit der Wahl eines Führers den Tyrannen. Die tyrannische Seele zeichnet sich durch Mass- und Hemmungslosigkeit, Unbeherrschtheit, Wolllust und Scharfsinn aus.

Politikos

Es geht um die notwendige Erkenntnis über die Beherrschung der Menschen, wobei mit Herrschaft ein neues Element hinzukommt. Ein Herrscher müsse die Kompetenz besitzen, über Freie herrschen zu können. Die Legitimation erwächst aus dem Mythos: früher im Paradies schauten die Götter für das Wohl der Menschen. Doch zur Zeit Platons seien sie auf sich selbst gestellt. Sie müssen sich selber führen, was sich dann schliesslich in einer Herrschaft über freie Menschen manifestiere. Platon anerkennt dies zwar als Einschränkung der Freiheit – wobei die Freiheit bis anhin nicht thematisiert wurde -, doch verwirft er anschliessend die Perspektive, aus welcher die Freiheit als Voraussetzung einer besten Verfassung verstanden wird. Entscheidend für eine Staatsverfassung ist lediglich, dass die Regierenden darin wahrhafte und nicht nur eingebildete Erkenntnis finden. Falls dies der Fall ist, spielt es keine Rolle, ob er nach Gesetzen oder ohne regiert. Allerdings ist das Beste, wenn nicht die Gesetze die Macht haben, sondern der mit Einsicht königliche Mann. In dieser Herrschaft der Vernunft heiligt der Zweck alle Lügen.

Sollte die Herrschaft der Vernunft nicht erreicht werden, so ist eine Gesetzesherrschaft die vernünftigste Lösung. Die Alleinherrschaft (Monarchie) ist dann der Herrschaft der Reichen (Aristokratie) und erst recht der Herrschaft der Armen (Demokratie) vorzuziehen. Unter der Bedingung der Gesetzlosigkeit hingegen ist Demokratie aufgrund der Aufteilung der Macht zur besten Ordnung, vor Oligarchie und Tyrannis. Diese Hierarchie unterscheidet von derjenigen in der Politeia vor dadurch, dass sie weniger psychologisch argumentiert – die Gerechtigkeit bezieht sich nun nicht mehr auf die Seele, sonder eindeutig auf den Staat.

Politik ist die Kunst (...) die Tugenden Tapferkeit und Klugheit verbinden zu können, sie muss die guten von den schlechten Menschen trennen und letztere zum Tode verurteilen.

Nomoi

Zwar verteidigt Platon sein Idealstaat aus der Politeia als „erste Verfassung“, doch möchte er nun die *zweite Ordnung* vorstellen. Immer noch ist ein tugendhafter Herrscher mit monarchischer Macht Gewalt gefordert, jedoch weniger der Philosoph als der praktische Gesetzgeber. Die Bürger sind nicht länger in völlig unterschiedlichen Klassen getrennt, sondern sollen zu der einen Tugend gebracht werden, in der sich die vier Kardinaltugenden vereinen. Empfohlen wird hierfür eine *Synthese zwischen Monarchie und Demokratie.*

Im Folgenden macht Platon präzise Angaben, wie der Entwurf einer entsprechenden Verfassung auszusehen habe. Die beste Verfassung muss ein Abbild der göttlichen Herrschaft sein, das Gesetz muss unbedingt herrschen und der gute Herrscher sein Diener sein. Hier bezieht er sich noch einmal konkret auf die Sophisten, wenn er sagt, *die Gottheit dürfte am ehesten das Mass aller Dinge sein,* und nicht der Mensch.

Platon nennt Vorbedingungen, welche er als optimale Voraussetzungen für das Gelingen seines Unterfangens betrachtet: die Stadt sollte nicht am Meer liegen, nicht zu viel Rohstoffe besitzen, da ansonsten Handel in einem Aussmass betrieben würde, welches die Menschen korrumpieren würde. Sie sollte als Agrarstaat autark sein und nicht imperiale Seemacht werden. *Die wichtigste Aufgabe des Gesetzgebers ist das Aussondern des Unreinen*. Schwerste Vergehen sollen mit dem Tod bestraft werden. Während das Land gleichmässig verteilt werden soll, .ist dies mit dem Besitz und dem Zugang zu politischen Ämtern nicht möglich. Der Gesetzgeber muss jedoch darauf achten, dass die Wohlstandunterschiede nicht zu gross werden. Die *Verteilung von Ehren und Ämtern erfolgt nach Massgabe des Reichtums*.

Eine *Volksversammlung* (der waffenfähigen Bürger) wählt aus dem Kreis der 50 bis 70-jährigen 37 *Gesetzeswächter* (für höchstens 20 Jahre). Ebenso werden Strategen und Kommandanten bestimmt. Es gibt einen *Rat*, welcher sich aus 360 Mitgliedern zusammensetzt, wobei die Sitze gleichmässig auf die vier Vermögensklassen verteilt sind. Ein *ständiger Ausschuss* (30 Prytanen) überwacht die Geschicke des Staates. Der *oberste Aufseher über die Erziehung*, der wichtigste Amt im Staat, muss unter den Bürgern in jeder Hinsicht der Beste sowie Mitglied der Gesetzeswächter sein. Die Leitfrage für Gesetzgeber und Gesetzeswächter muss lauteten: *wie wird jemand ein guter Mensch?* Das Leben der Bürger von morgens bis abends geregelt werden (von der Morgendämmerung bis zum jeweils nächsten Morgen und Sonnenaufgang). Da das Staatswesen auf die moralische Verbesserung der Menschen zielt, fällt eigentlich *Recht und Moral* zusammen. Jene die das Gerechte nicht erkennen, sollten aus dem Leben scheiden.

Rationalistische Deutungen der Mythen untergraben gemäss Platon den Gerechtigkeitssinn. Wenn, wie die Sophisten dies taten, behauptet wird, das Gerechte beruhe nicht auf der Natur, sondern werde unter den Menschen ausgehandelt, dann führe dies zu Instabilität und Aufständen. Daher müssen in Platons Staat *Gesetze gegen den Atheismus* und die Atheisten erlassen werden. Wissen über Gotteslästerung ohne dagegen vorzugehen wird mit Gotteslästerung gleichgesetzt. Wobei es für Platon unwichtig war, ob es Götter nun wirklich gibt, sondern entscheidend ist, dass die Menschen daran glauben.

Als Hüterin der Gesetze wird schliesslich eine *Geheimbehörde* eingesetzt, welche im Morgengrauen tagt und die Gesetze auf Widersprüche überprüft. Sie besteht aus den zehn ältesten Gesetzeswächtern, dem Aufseher über das Erziehungswesen, Priestern, aussenpolitischen Beobachtern und ausgewählten jüngeren Teilnehmern. Sie ist der Anker des gesamten Staates.

John Locke (1632 – 1704)

Leben und Werk

John Locke wurde 1632 in der englischen Grafschaft Somerset als Sohn eines Gerichtsbeamten geboren. Er war Philosoph und Politiker auf der Seite der Whigs, welche als liberal galten, das aufstrebende Bürgertum repräsentierten und gegen die Monarchie (welche von den konservativen Torries unterstützt wurde) ankämpften. Seine politische Philosophie befasste sich nicht mehr mit der Sicherung des Friedens um jeden Preis (Hobbes). Vielmehr suchte er nach der besten und vernünftigsten Art, Selbsterhaltung und Sicherung des Privateigentums in einer Gemeinschaft zu regeln. Es ging ihm eine möglichst weitgehende Entfaltung der bürgerlichen Produktion frei von staatlichen Eingriffen und ein Höchstmass an politischer Freiheit für das besitzende Bürgertum.

Ein Brief über Toleranz (1685/86)

Locke unterscheidet zwischen „dem Geschäfte staatlichen Gewalt und dem der Religion", was der Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich entspricht. In den Bereich des öffentlichen fällt die Befriedigung, Wahrung und Beförderung der bürgerlichen Interessen, welche einerseits körperliche Belangen (Leben, Freiheit, Gesundheit, Schmerzlosigkeit) und andererseits den Besitz äusserer Dinge (Geld, Ländereien, Häuser) betreffen. Das Seelenheil (Glauben) gehört nicht in den Zuständigkeitsbereich des Staates. Während die Sorge um die bürgerlichen Interessen dem Staat übertragen werden kann, ist dies für die Sorge um sein Heil nicht möglich.

Zwei Abhandlungen über die Regierung (1690)

Erste Abhandlung: *Aufdeckung der falschen Prinzipien und Widerlegung der Begründung der Lehre Sir Robert Filmers und seiner Nachfolger*

Das Leitmotiv der ersten Abhandlung betrifft ein Werk von Filmer, welcher die Monarchie mit der Theologie rechtfertigen möchte. Filmer möchte die Erbfolge eines katholischen Sohnes des englischen Königs begründen. Locke wirft Filmer vor, er wolle dadurch alle Menschen zu Sklaven des Monarchen machen.

Zweite Abhandlung: *Über den wahren Ursprung, die Reichweite und den Zweck der staatlichen Regierung*

In der zweiten Abhandlung entwickelt Locke nun sein eigenes Konzept, welches sich kritisch gegen den absolutistischen Anspruch des Königtums wendet.

Politische Gewalt
Die politische Gewalt ist ein Recht, für die Reglung und Erhaltung des Eigentums Gesetze zu schaffen sowie die das Recht, die Gewalt der Gemeinschaft zu brauchen, um die Gesetze zu vollstrecken. Die Sicherung des Eigentums wird als eigentlicher Staatszweck verstanden und geht allen anderen Rechten vor, auch dem Recht auf Leben. Denn die politische Gewalt beinhaltet das Recht, die Todesstrafe einzusetzen, wenn dies das Gemeinwohl verlangt.

Naturzustand
Die Argumentationsweise folgt Hobbes in dem Sinne, dass ein Naturzustand als Negativ der angestrebten Ordnung entworfen wird. Die Mängel in diesem Zustand dienen als Legitimation für die staatlich – politische – Gewalt. Doch ist Lockes Naturzustand nicht so schrecklich wie bei Hobbes: es herrscht keine Zügellosigkeit und keine Anarchie. Weiter versteht Locke seinen Naturzustand als historische, während dieser bei Hobbes explizit als Gedankenexperiment zur Anwendung kommt. Während bei Hobbes lediglich Regeln der Vernunft existieren, herrscht bei Locke ein so genanntes natürli-

ches Gesetz. Dieses besagt, dass der Mensch, da er Eigentum Gottes ist, alles für seine Selbsterhaltung sowie die Erhaltung der Menschheit tun darf oder muss.

Und die Vernunft, der dieses Gesetz entspricht, lehrt die Menschheit (...), dass niemand einem anderen, da alle gleich und unabhängig sind, an seinem Leben und Besitz, seiner Gesundheit und Freiheit schaden zufügen soll.

Daraus leiten sich die *Primärrechte* der natürlichen Freiheit (Recht über die eigene Person zu verfügen, wobei jedoch das Recht auf Selbstmord explizit ausschlossen wird), die natürlich Gleichheit (Zustand ohne Unterwerfung und Unterordnung) sowie das natürliche Eigentumsrecht (Besitz von Gütern) ab. Die Primärrechte sind unveräusserlich. Das *Sekundärrecht* (oder: natürliches Recht zweiter Ordnung) orientiert sich am Schutz der Primärrechte und entspricht einem Recht auf judikative und exektutive Gewalt, d.h. Recht zur Selbstverteidigung bei Übertretern des natürlichen Gesetzes.

Der *Naturzustand* entspricht aber nicht einem Krieg aller gegen alle. Es ist vielmehr ein Zustand der Rechtsunsicherheit, da ein gemeinsamer, mit Autorität ausgestatteter Richter fehlt. Wenn nun Menschen versuchen, andere ihrer natürlichen Rechte und Freiheiten zu berauben, versetzen sich diesen allen anderen gegenüber in den Kriegszustand. Der *Kriegszustand* wird also durch Gewalt ohne Recht erzeugt, egal, ob eine richterliche Autorität existiert oder nicht.

Freiheit
Natürliche Freiheit bedeutet, von jeder höheren Gewalt auf Erden frei und lediglich dem Gesetz der Natur unterworfen zu sein. *Freiheit des Menschen in der Gesellschaft* bedeutet, unter keiner anderen gesetzgebenden Gewalt zu stehen, als unter derjenigen, die durch Übereinkunft in dem Gemeinwesen eingesetzt worden ist. *Freiheit der Menschen unter einer Regierung* bedeutet, unter einem feststehenden Gesetz zu leben, das für jeden in der Gesellschaft Gültigkeit besitzt und von der legislativen Gewalt, welche in ihr errichtet worden ist, verabschiedet wurde. Freiheit heisst auch frei sein von Willkür.

Eigentum
Meist verwendet Locke den Begriff Eigentum als Überbegriff für **Leben, Freiheit und Besitz.**

Ursprünglich gehörte alles allen. Locke begründet das Recht auf Eigentum (als erster in der Philosophie ausdrücklich) mit der Arbeit. Jeder hat ein Eigentum an seiner Person, wozu die Arbeit seines Körpers und das Werk seiner Hände gehört.

Was immer er also dem Zustand entrückt, den die Natur vorgesehen (...) hat, hat er mit seiner Arbeit gemischt und ihm etwas Eigenes hinzugefügt. Er hat somit zu seinem Eigentum gemacht.

Das Eigentum an der eigenen Person erweitert sich zum sachlichen Eigentum, weil der Mensch als Wesen, das sich selbst zu erhalten hat, der äusseren Natur bedarf. Es gibt jedoch drei Einschränkungen, die den *Verbrauch*, die *Produktion* und die *Verteilung* betreffen. Niemand darf mehr zu seinem Eigentum machen, als er zum Leben gebrauchen kann (es darf nichts verderben). Es soll sich weiter niemand mehr Land aneignen, als bewirtschaften kann. Schliesslich darf sich niemand etwas aneignen, was irgendjemandem Schaden zufügt. Es soll genug für alle anderen übrig bleiben.

Mit der Einführung des Geldes (was bei Locke bereits im Naturzustand geschah) ist es nun aber möglich, sich Eigentum über den Bedarf hinaus anzueignen. Was dies für die drei erwähnten Beschränkungen bedeutet, verrät uns Locke jedoch nicht...

Die politische Gesellschaft
Im Naturzustand fehlt es erstens an einem feststehenden, geordneten und bekannten Gesetz, welches als Norm für Recht und Unrecht und als der allgemeine Massstab ihrer Streitigkeiten angenommen und akzeptiert ist. Zweitens gibt es keinen anerkannten und unabhängigen Richter, mit der Autorität, alle Zwistigkeiten nach dem feststehenden Gesetz zu entscheiden. Ebenso fehlt es drittens an einer Gewalt, dem gerechten Urteil einen Rückhalt zu geben, es zu unterstützen und ihm die Gebührende Voll-

streckung zu sichern. Aufgrund dieser Disposition kann es leicht zu Konflikten kommen, welche einen Kriegszustand hervorrufen. Da dieser Kriegszustand nur durch die Aufhebung seiner Ursachen beendet werden kann, muss ein jeder sein Recht auf Selbstjustiz freiwillig aufgeben, was zu einer politischen Gesellschaft führt. Die Menschen bilden einen politischen Körper unter einer höchsten Regierung und ermächtigen damit die Gesellschaft oder ihre Legislative, Gesetze zu geben und verpflichten sich, bei deren Vollziehung mitzuwirken.

Denn wenn eine Anzahl von Menschen mir der Zustimmung jedes Individuums eine Gemeinschaft gebildet hat, dann haben die dadurch diese Gemeinschaft zu einem einzigen Körper gemacht, mit der Macht, wie einziger Körper zu handeln, was nur durch den Willen und den Beschluss der Mehrheit geschehen kann.

Die Einsetzung eines Richters auf Erden, welcher mit einer hinreichenden Autorität versehen wird, versetzt die Menschen also vom Naturzustand in ein Staatswesen. Mit dem Eintritt in die Gesellschaft verzichten die Menschen auf die Gleichheit, Freiheit und exekutive Gewalt des Naturzustandes. Doch geschieht dies nur mit der Absicht jedes einzelnen, um damit sich selbst, seine Freiheit und sein Eigentum besser zu erhalten. Die Menschen geben das natürliche Recht auf Selbstjustiz ab, nicht aber die Rechte auf Leben, Freiheit und Besitz, deren Sicherung ja den einzigen Staatszweck darstellt. Locke trennt somit die Schaffung von Gesellschaft und Staat nicht, sondern lässt sie in einem Akt zusammenfallen.

Eine absolute Monarchie ist daher mit einer bürgerlichen Gesellschaft unvereinbar, da niemand von ihren Gesetzen ausgenommen werden kann – der absolute Herrscher jedoch anerkennt keine Autorität über sich.

Die Legislative
Die Begründung einer legislativen Gewalt kann als grundlegendes positives Gesetz aller Staaten verstanden werden. Sie ist die höchste Staatsgewalt und muss vom Volk gewählt sein. Sie ist diejenige Gewalt, die ein Recht hat zu bestimmen, wie die Macht des Staates zur Erhaltung der Gemeinschaft und seiner Glieder gebraucht werden soll. Als Gesetz kann nur gelten, was auf der Zustimmung der Gesellschaft beruht. Alle Mitglieder sind der legislativen Gewalt zu Gehorsam verpflichtet. Die Legislative steht unter dem Naturgesetz (d.h. der Staat wird an Auflagen gebunden – was dem absolutistischen Königtum des 17 Jahrhunderts revolutionär erscheinen musste). Sie ist an öffentlich verkündete und festgeschriebene Gesetze gebunden und hat durch autorisierte Richter für Gerechtigkeit zu sorgen. Keinem Menschen darf ohne dessen Zustimmung etwas von seinem Eigentum weggenommen werden – daher könne auch keine Steuern ohne Zustimmung des Volkes erhoben werden.

Gewaltenteilung
Bei der Schwäche der menschlichen Natur, die stets bereit ist, nach der Macht zu greifen, würde es jedoch eine zu grosse Versuchung sein, wenn dieselben Personen, die die Macht haben, Gesetze zu geben, auch noch die in die Hände bekämen, diese Gesetze zu vollstrecken.

Daher sollen die Legislative, Exekutive (Innenpolitik) und Föderative (Aussenpolitik) getrennt werden. Falls das Volk den Eindruck hat, die Legislative sein nicht mehr Vertrauenswürdig, darf es sie abberufen. Dadurch behält die Gemeinschaft eine höchste Gewalt für sich. Die Legislative wiederum kann die Exekutive absetzen oder jede schlechte oder gesetzeswidrige Verwaltung bestrafen. Bei Locke könnte auch der Monarch als höchste Gewalt bezeichnet werden, da die Exekutivgewalt inne hat und ihm zusätzlich die Kompetenz zukommt, einem Beschluss der Legislative die Zustimmung zu verweigern.

Präorgative und Widerstandsrecht
Die Präorgative als eine Art Notstandsrecht erlaubt es der Exekutive (damals dem König) bei schwerwiegenden und dringlichen Problemen auch ohne Gesetzesgrundlage zu regieren, solange dies im Sinne der Gemeinschaft ist. Denn ansonsten entsprächen diese Handlungen einem unrechtmässigen Gebrauch von Gewalt, was jedermann sofort in den Kriegszustand mit allen anderen versetzt.

Problematisch ist, dass zwischen der Exekutive und der Legislative wie auch zwischen Legislative und Volk kein Richter auf Erden existiert. In diesem Fall bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Himmel anzurufen, d.h. sich auf das natürliche Gesetz zu beziehen und wieder als letzte Instanz selber zu urteilen und zu handeln. Dies kann als Widerstandsrecht verstanden werden. Denn sobald die Legislative das grundlegende Gesetz überschreitet und die Erhaltung des Eigentum, welches ja den Zweck seiner Konstituierung darstellt, nicht mehr garantierten kann, fällt die Macht an das Volk zurück, das dann ein Recht hat, seine ursprüngliche Freiheit wieder aufzunehmen und durch die Errichtung einer neuen Legislative für seine eigene Wohlfahrt und Sicherheit zu sorgen.

Jean-Jaques Rousseau (1712 – 1778)

Leben und Werk

Geboren in Genf als Sohn eines Uhrenmachers. Er reist viel, führt ein „unstetes“ Leben, arbeitet als Musiker, Lehrer, Komponist und Notenkopist. Er studiert als Autodidakt Philosophie. 1742 kommt er nach Paris, später nach Venedig. Zurück in Paris erscheint der Preisgekrönte *Discours sur les siences et les arts* und eine seiner Opern wird uraufgeführt (worauf er eine Einladung des Königs erhält, dieses Angebot jedoch ablehnt). 1754 kehrt nach Genf zurück und ein Jahr später erscheint der *Discours sur l'origine et les fondements de l'inegalité parmi des hommes*, 1762 der *Contract social*. Nach einem Aufenthalt in England (auf Einladung David Humes) kehrt 1767 nach Paris zurück, wo er schliesslich auch stirbt.

Discours sur les siences et les arts (1750)

Rousseau kritisiert, dass die Aufklärung und der wissenschaftlich-technische Fortschritt den Menschen korrumpiert und verweichlicht haben. In Anlehnung an eine theologische Argumentation sieht er Luxus, Zügellosigkeit und Sklaverei als Strafen für den Hochmut der Menschen (die „eitle Wissbegierde“ als Anmassung; Ziel: gleich viel Wissen wie Gott; auf Hochmut muss der Fall kommen...). Wissenschaft und Künste verdanken ihre Entstehung nicht der Tugend, sondern den Lastern der Menschen und fördern den Müssiggang. Die Künste wären nutzlos ohne den Luxus, den sie nährt und die Rechtswissenschaft überflüssig, wenn der Mensch gerecht wäre.

Discours sur l'origine et les fondements de l'inegalité parmi les hommes (1755)

Die Frage, der Rousseau im sog. zweiten Discours nachgeht, ist, wann und wieso der Übergang zur zivilisierten Gesellschaft stattgefunden und wie denn die Welt im vorangegangenen Naturzustand ausgesehen hat. Ihn interessiert ebenso, welches das beste Zeitalter gewesen war, wobei er das beste als das am längsten dauernde betrachtet (also eine empirische, nicht normative Frage). Gemäss Rousseau haben es die Philosophen bisher nicht geschafft, auf den Naturzustand zurückzugehen: sie hätten immer den Menschen vor Augen, wie er in der bürgerlichen Gesellschaft lebt.

Naturzustand
Der *homme naturel* ist ein von Selbsterhaltungstrieb (*amour de soi*, gesunder Egoismus) und Mitleid bewegtes Tier, welches sich von den anderen Tieren durch seine Willensfreiheit unterscheidet (nicht etwa durch die Sprache oder die Vernunft). Im Naturzustand führen die Menschen ein isoliertes und nomadisches Leben. Vorstellungen von Eigentum und Gerechtigkeit fehlen.

Das goldene Zeitalter
In einer späteren Epoche haben die Menschen Familien gegründet und sind sesshaft geworden. Es bilden sich Miniaturgesellschaften heraus, verbunden durch nichts anderes als väterliche und eheliche Liebe, Freiheit und gegenseitige Zuneigung. Diese Stammesgesellschaften funktionieren aufgrund emotionaler Ressourcen. Dieser Frühform gesellschaftlicher Kooperation liegt die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau zugrunde – die erste fundamentale Ungleichheit zwischen Menschen. Aus den Miniaturgesellschaften entstehen grössere Verbände, die aufgrund ihrer geteilten Lebensart sittliche Normen definieren. Dies bezeichnet Rousseau als das goldene Zeitalter. Es stellt in seinen Augen die glücklichste und dauerhafteste Epoche dar. Es könnte als ein Zeitalter der patriarchalen und tribalen Autarkie charakterisiert werden.

Zivilisation
Das Ende des Goldenen Zeitalters beginnt mit der Erfindung der Metallverarbeitung und dem Ackerbau. Als Folgen nennt Rousseau eine verstärkte Arbeitsteilung, eine exklusivere Auffassung von Grundeigentum, grösseres Bedürfnis nach Rechtsnormen zum Schutz des Eigentums, aber auch die

gewalttätige Negation der Eigentumsrechte durch Diebstahl, die Sklaverei und der zunehmende Abstand zwischen Armen und Reichen. In einer durch Arbeitesteilung, Konkurrenz und Hierarchisierung geprägten Gesellschaft und den daraus resultierenden Abhängigkeiten weicht der amour de soi weicht einem sog. amour propre (krankhafte Selbstsucht). Menschliches Handeln wird weitgehend fremdbestimmt. Der Mensch wählt nicht mehr, was für ihn gut ist, sondern er begehrt, was der andere besitzt. Durch den Kampf um knappe Güter kommt es zum vor allem aufgrund der Auseinandersetzung zwischen Besitzlosen und Besitzenden zum Kriegszustand, welcher vor allem die Reichen bedroht. Diese fassen das Projekt der Errichtung einer Staats- und Rechtsordnung ins Auge – ein genialer und zugleich diabolischer Plan, wie Rousseau es ausdrückt. Die Reichen lassen die Kräfte ihrer Feinde für sich arbeiten. Der Staat verewigt so die ungleiche Verteilung des Eigentums und wird daher als Betrugsvertrag bezeichnet. Rousseau bezeichnet die Geschichte als ein Prozess der wachsenden Ungleichheit.

Eigentum
Die bekannte Stelle betreffend Eigentum im zweiten Discours (*Der erste der ein Stück Land umzäunte...*)[1] sollte jedoch davon ablenken, dass für Rousseau das Eigentum eine zentrale Rolle spielt. So schreibt er in seiner Schrift *Sur l'économie politique* das Recht auf Eigentum das heiligste aller Bürgerrechte. Es sei in gewisser Hinsicht wichtiger als die Freiheit selbst, denn stelle es doch die materielle Grundlage der Freiheit und daher auch der Bürgergesellschaft dar. Eine politische Gemeinschaft erfordert freie und gleiche Menschen. Doch wenn nur frei ist, wer sich nicht um die lebensnotwendigen Dinge kümmern muss, dann bedeutet dies, dass Herrschaft über Menschen, die eben diese Dinge verrichten, eine Bedingung der Freiheit darstellt. Diese Problematik trifft schon bei Aristoteles und später auch bei Kant. Während es für Aristoteles jedoch kein Problem darstellte, war sich Kant der Unrechtmässigkeit sehr wohl bewusst – doch überwog für ihn das Argument der Unabhängigkeit, welche durch das Eigentum garantiert werde. Rousseau hat das Problem nicht gelöst.

Du contract social (1762)

Der Mensch ist frei geboren und überall liegt er in Ketten – das Grundmotiv, die Spannung zwischen Freiheit und Herrschaft wird bereits im ersten Satz eingeführt. Rousseau fügt an, er wisse nicht, wie es dazu kommen konnte, jedoch möchte er versuchen, die Frage zu beantworten, wie dieser Zustand legitimiert werden kann. Der Contract social umfasst zwei verschiedene Teile. Der erste Teil ist normativer Natur: er fragt nach dem vertragstheoretischen Argument und damit nach der Legitimität der Herrschaft allgemein. Der zweite, eher empirische Teil befasst sich mit den Möglichkeiten der Republik.

1. Buch: Vertrag und Souveränität

Die gesellschaftliche Ordnung ist ein geheiligtes Recht (...) Trotzdem stammt diese Recht nicht von der Natur; es beruht auf Vereinbarungen.

Geheiligt kann einerseits als heilig, also von Gott gegeben, betrachtet werden. In klassischer naturrechtlicher Tradition bedeutet dies, dass eine übermenschliche Ordnung besteht, welche nicht verändert werden kann. Doch mit dem Zusatz, dass diese Ordnung letztlich von Menschen gemacht sei, relativiert er diese normative Komponente. Bei der Gesetzgebung können somit überpositive Normen nicht berücksichtigt werden, da sie nicht aus Verfahren und Entscheidungen freier Menschen resultieren und keine Gewalt auf Erden existiere, welche Verstösse sanktionieren könnte.

Der wird Mensch frei geboren und die Selbsterhaltung stelle das wichtigste Motiv dar. Wer auf seine Freiheit verzichtet, höre auf Mensch zu sein. Die Freiheit kann dadurch Sinne des Naturrechts in einer modernen Leseart im als Menschenrecht betrachtet werden.

[1] *Der erste, der ein Stück Land umzäunte, es sich in den Sinn kommen liess zu sagen: Dies ist mein, und Leute fand, einfältig genug, ihm zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Not und Schrecken hätte der dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle ausgerissen (...) und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: Hütet euch, diesem Betrüger zu glauben; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst die Früchte allen gehören und die Erde niemanden.*

Weder Natur noch Gewalt vermögen Herrschaft zu legitimieren: eine Unterwerfung schafft keine politische Ordnung, da das Interesse des Herrschers eine private Sache bleibt und ein Gemeinwohl fehlt. Rechtsverhältnisse entstehen nur aus gegenseitigen Abkommen und im vertragstheoretischen Verständnis werden Individuen einem Abkommen nur zustimmen, wenn dieses ihnen etwas nützt. Nun mussten sich die Menschen zusammenschliessen und ihre Kräfte vereinigen, da sie alleine nicht mehr überlebensfähig waren (der Naturzustand aus dem 2. Discours scheint eine ganz eigene Geschichte zu sein und daher ungeeignet im Zusammenhang mit dem Contract social). Das Ziel dieser Vereinigung sollte sein, dass nach wie vor jeder nur sich selbst gehorcht und so frei bleibt wie zuvor. Die Lösung ist ein Gesellschaftsvertrag.

Dieser Gesellschaftsvertrag besagt, dass sich alle gemeinsam dem Gemeinwillen unterordnen, was einen vollständigen Rechtsverzicht impliziert. Dies ist jedoch nötig, damit gleiche Ausgangsbedingungen geschaffen werden. Denn jedes Recht, das sich einzelne Vertragspartner vorbehalten, wird zum Privileg und daher die Freiheit der nicht Privilegierten bedrohen. Die Gleichheit der Bedingungen bewirke, dass alle das Wort „jeder“ auf sich beziehen müsse. Wobei die natürliche Ungleichheit nicht behoben, sondern mittels der Rechtsordnung eine künstliche Gleichheit geschaffen. Da alle ihre Rechte an einen Körper abgeben, dem sie selber angehören, bleiben die Menschen frei, denn jeder Mensch schliesst daher gewissermassen einen Vertrag mit sich selbst und wird dadurch Mitglied des Souveräns und gleichzeitig Untertan des Staats. Der Souverän als Summe der Individuen wird keine Interessen verfolgen, das dem ihren widerspricht.

Mit dem Abschluss des Gesellschaftsvertags geht in den Menschen eine tiefgreifende Veränderung vor sich: die Gerechtigkeit tritt an die Stelle des Instikts, die Vernunft an jene der Neigung. Das stupide und bornierte Tier muss zum intelligenten Menschen werden. Neben dem rationalen vertragstheoretischen Aspekt kommt hier zusätzlich ein Argument des Vernunftrechts zum Zuge, was Rousseau doch stark von seinen kontraktualistischen Vorgängern wie Hobbes, Spinoza oder Locke unterscheidet. Die Verwandlung sollte bewirken, dass sich der Mensch nicht ausschliesslich aufgrund von Neigungen und Interessen an Gesetze hält, sondern dass er dies aufgrund einer inneren Verpflichtung tut, weil er versteht, dass er frei ist, wenn er nur seinen eigenen Gesetzen gehorchen muss. Er versteht, dass er durch den Verzicht auf die natürliche Freiheit (sklavischer Antrieb der Begierden) nun die bürgerliche Freiheit (sich den eigenen Gesetzen unterwerfen) und das Eigentumsrecht erhält. Da das Eigentumsrecht elementar ist, sind Gesetze nur für die Besitzenden nützlich. Daher sollten in einer guten Verfassung alle etwas und niemand zuviel besitzen. Schliesslich kann es ein Gemeinwesen nur geben, wenn die Interessen in mindestens einem Punkt übereinstimmen, womit Rousseau die Rechtsgleichheit meint. Materielle Gleichheit ist nicht das Ziel, was Rousseau mit Locke verbindet.

2. Buch: Vom Gemeinwillen und den Voraussetzungen der Republik

Der Gemeinwille (volonté général) nicht die Summe der Einzelinteressen (Gesamtwille, volonté de tous). Entscheidend ist, dass das Gerechte nur prozedural bestimmt werden kann. Der Gemeinwille ist somit Ausdruck demokratischer Verfahren und ist daher unfehlbar. Was aber nicht bedeutet, dass Volksentscheide immer richtig sind. Besonders hebt Rousseau Parteien und Verbände hervor, also organisierte Partikularinteressen, welche die Urteilskraft und die Vernunft der Bürger korrumpieren.

Als Untertanen haben die Bürger neben den Pflichten auch Rechte, welche vom Souverän nicht angetastet werden dürfen. Die Pflichten wiederum sind nur aufgrund ihrer Gegenseitigkeit zwingend. Die Erfüllung nützt immer auch jedem Einzelnen selber – wodurch die Gerechtigkeit aus der Natur des Menschen als rationaler Nutzenmaximierer hergeleitet werden kann.

Die Gesetzgebung muss öffentlich sein und als Akt des Gemeinwillens dem Volk zustehen. Die legitime Regierung ist republikanisch und das Volk, das den Gesetzen unterworfen ist, muss ihr Urheber sein. Damit dies auch gelingen kann, müssen einem Volk Institutionen gegeben werden. Wer dies jedoch wagt, muss sich sozusagen im Stande fühlen, die Natur zu verändern. Er muss den Menschen ihre Kräfte nehmen und diese durch solche zu ersetzen, die ihm fremd sind und die er ohne Hilfe der anderen nicht nutzen kann. Der von Rousseau eingeführte Gesetzgeber muss übermenschlich sein, ihm

selber darf jedoch keine Macht zukommen. Damit ein Volk sich die Maximen der Politik zu eigen macht und die Grundregeln staatlicher Vernunft befolgt, müsste die Wirkung zur Ursache werden: Der Gemeinsinn, der sich erst dank der Institution entfalten kann, müsste die Staatsgründung inspieren.

Die Republik kann am besten verwirklicht werden, wenn das Volk autark und weder arm noch reich ist. Die Interessen der Bürger dürfen nicht zu sehr auseinander klaffen: Gleiche Motive dienen als Anreizsystem, damit sich alle an die Gesetze halten und das Beste für die Gemeinschaft suchen.

3. Buch: Regierungsformen und Zivilreligion